

Ärzte wollen Praxen schließen

Erbitterter Widerstand gegen die geplante Einführung des Sachleistungsprinzips in Frankreich.

PARIS . Im Kampf gegen die geplante Einführung des Sachleistungsprinzips rüsten Frankreichs Ärzte zum Widerstand. Ab dem 3. Oktober sollen Praxen auf unbestimmte Zeit geschlossen bleiben. Kernforderung der Ärzteschaft: Die von Ministerin Marisol Touraine vehement verteidigte Gesundheitsreform muss gekippt werden.

Vier Ärztegewerkschaften ziehen bei dieser Aktion an einem Strang: die Fédération des médecins de France (FMF), die Union française pour une médecine libre (UFML), das Syndicat des medecins libéraux (SML) und „le Bloc“, in dem Fachärzte organisiert sind. Derzeit laufen Verhandlungen mit Vertretern der Notfallmedizin und mit Klinikärzten. Sollten diese erfolgreich sein, könnte die komplette medizinische Versorgung in Frankreich ab dem 3. Oktober vollkommen aus den Fugen geraten.

Ärzte warnen vor einer Verstaatlichung der freien Medizin, wenn das Gesetz in Kraft treten sollte. Und sie warnen vor den administrativen Folgen. Sie befürchten einen gewaltigen bürokratischen Verwaltungsaufwand und wollen verhindern, dass Abläufe selbst organisiert werden müssen, um Geld statt wie bisher vom Patienten direkt von der Kasse zu bekommen – ohne dass dafür eine zusätzliche Vergütung vorgesehen wäre.

Ein wichtiger Kritikpunkt ist darüber hinaus die Tatsache, dass Krankenakten in Zukunft auch den Krankenkassen zur Verfügung stehen sollen – und darüber hinaus allen Leistungserbringern, die mit der Versorgung des jeweiligen Patienten beschäftigt sind. Befürchtet wird eine permanente Verletzung des Arztgeheimnisses und ein kommerzieller Datenmissbrauch.

Die Nationalversammlung hat das Gesetz in erster Lesung verabschiedet. Obwohl der Senat, die zweite Kammer des Parlaments, den Gesetzentwurf noch verabschieden muss, gilt seine Annahme als so gut wie sicher. Denn im Fall einer Ablehnung hätte das Votum der Nationalversammlung in einer zweiten Lesung Vorrang. Ende des Jahres soll das Gesetz in Kraft treten. (fuh/ddb)

September 2015

Frankreichs Ärzte rüsten zum Streik

PARIS. Mit einem landesweiten Streik wollen die fünf größten französischen Ärzteverbände am 13. November gegen die Gesundheitsreform protestieren. Der geplante Abschied vom traditionellen System der Kostenerstattung hin zum Sachleistungssystem sorgt weiter für große Aufregung.

Ab dem 16. November will die Nationalversammlung den hoch umstrittenen Entwurf in zweiter Lesung debattieren. Da die Sozialisten die Mehrheit der Sitze besitzen, ist die Verabschiedung des Gesetzes so gut wie sicher.

Frankreichs Ärzteverbände, die sich oft in Partikularinteressen verlieren und meist große Probleme haben, gemeinsam an einem Strang zu ziehen, haben sich diesmal geeinigt, so dass eine starke Mobilisierung der Ärzte zu erwarten ist.

Nicht nur Praxen, sondern auch niedergelassene Not- und Bereitschaftsdienste sollen am kommenden Freitag geschlossen bleiben. Patienten wurde empfohlen, sich im Notfall an öffentliche Krankenhäuser und Notdienste zu wenden.

Auch in Privatkliniken sollen viele Operationen und Untersuchungen verschoben werden. Darüber hinaus planen Ärzte in vielen Städten lokale Protestaktionen.

Frankreichs Ärzte kämpfen seit gut zwei Jahren gegen die Streichung der Kostenerstattung und sehen das Sachleistungsmodell als eine Verstaatlichung der ambulanten Medizin. Nach einem „Verwaltungstreik“ im Dezember vergangenen Jahres haben fast 50 000 Ärzte Mitte März erfolglos gegen die Reform demonstriert.

Seitdem folgten immer wieder regionale Streiks und Protestaktionen. Nach dem 13. November soll es weitergehen mit Protest. Die Botschaft: Der Druck auf die Regierung muss bleiben. (ddb)

November 2015

Kostenerstattung adé – wird die Reform ignoriert?

PARIS. Trotz monatelanger Ärzteproteste hat die französische Nationalversammlung am Dienstag das bisherige Kostenerstattungs- durch das Sachleistungsmodell ersetzt.

Die Regelung wurde mit 296 Stimmen gegen 243 getroffen. Spätestens Mitte Dezember soll die Gesundheitsreform endgültig verabschiedet werden, sodass sie Anfang 2016 in Kraft treten könnte. Ärzteverbände sind besonders verärgert, weil die Debatte um das neue Gesetz wegen der Anschläge in Paris zunächst um einige Tage verschoben werden musste, und dann nach verkürztem Verfahren im Eiltempo angenommen wurde.

Da alle Demonstrationen derzeit wegen des Notstands bis auf Weiteres verboten sind, haben die Ärzte keine Möglichkeit, erneut ihren Ärger auf die Straße zu tragen. Auch wurde befürchtet, dass ein Streik in der Öffentlichkeit als unangemessen angesehen werden könnte.

Ärzteverbände warnen, dass viele Kollegen trotz des neuen Gesetzes weiter nach dem Kostenerstattungsverfahren arbeiten werden und Honorare wie bisher direkt mit den Patienten abrechnen würden. Da Sanktionen des Gesetzgebers gegen ein solches Verhalten zumindest bis jetzt nicht geplant sind, gehen diese Mediziner kein großes Risiko ein, wenn sie die neue Regelung ignorieren.

Damit sind auch neue Konflikte der Ärzte mit der Regierung programmiert. Die konservativ-bürgerlichen Parteien hatten den Ärzten nach der Abstimmung versprochen, die Reform im Fall eines Wahlsieges 2017 wieder abzuschaffen. (ddb)

Dezember 2015

Sachleistungsprinzip verfassungswidrig

Lang lebe die Kostenerstattung! Frankreichs Verfassungsgericht kippt das Sachleistungsprinzip.

PARIS. Frankreichs Ärzte jubeln: Am vergangenen Freitag hat der nationale Verfassungshof das umstrittene Sachleistungsmodell, das die Regierung gegen den erbitterten Widerstand der Ärzteschaft einführen wollte, für verfassungswidrig erklärt. Nach erfolgreichen Streiks und Massendemonstrationen gegen die Reform hatten Ärzteverbände gegen den Gesetzentwurf

geklagt. Der Verfassungshof begründet seine Entscheidung damit, dass die Regierung oder der Staat nicht berechtigt seien, berufstätigen Menschen, die selbst keine Staatsangestellten sind, eine Abrechnungsmethode zu diktieren.

Ärzteverbände sprechen von einem großen Sieg, nicht zuletzt weil Sozialministerin Marisol Touraine nach dem Gerichtsentscheid resigniert. Die Regierung plant zumindest vor der nächsten Präsidentenwahl nicht mehr, das Thema erneut auf die Tagesordnung zu bringen.

2012 hatte der damalige Präsidentschaftskandidat François Hollande

versprochen, das traditionelle Kostenerstattungsmodell durch das Sachleistungsmodell zu ersetzen, vor allem um den Zugang von sozial schwächeren Patienten zum Arzt ihrer Wahl zu erleichtern. Das Problem: Ärzte, die diese Patienten ohnehin bereits freiwillig auf Sachleistungsbasis behandeln, müssen dafür erheblich mehr bürokratische Arbeit leisten als für Patienten, die nach dem traditionellen System versorgt werden.

Aus Angst vor noch mehr Bürokratie wurde deshalb die Ausweitung des Sachleistungsmodells auf alle Patienten abgelehnt. Die Mehrheit der Bevölkerung könne ohne Probleme eini-

ge Tage bis zur Rückerstattung des beim Arzt bezahlten Geldes von den Kassen warten, hieß es.

Darüber hinaus befürchteten Ärzte mit der Einführung des jetzt gekippten Modells auch einen wachsenden Einfluss der Kassen auf ihre eigenen Interessen. Mit dem Gerichtsurteil ist allerdings nur ein Teilkomplex einer umfassenden Gesundheitsreform gescheitert, die in den kommenden Monaten in Kraft treten wird. Gesundheitsministerin Touraine gilt nach dem Gerichtsspruch als politisch geschwächt, ihr droht weiter Gegenwind, weil Ärzteverbände für höhere Honorare kämpfen wollen. (DDB)

Voilà Januar 2016